

Klagewelle

KARL ZAWADZKY

Den Städten und Gemeinden geht es relativ gut. Zwar läuft der Aufschwung langsam aus, aber beim Steueraufkommen macht sich das stets mit einer gewissen Zeitverzögerung bemerkbar. Das ist der Grund dafür, dass den Kommunen bereits im vergangenen Jahr gelungen ist, was der Bund im kommenden Jahr erreichen will: eine schwarze Null im Haushalt. Das gilt für die Städte und Gemeinden insgesamt; im Einzelfall gibt es erhebliche Abweichungen vom Durchschnitt. Und nicht zu vergessen: Die Kommunen schieben einen riesigen Schuldenberg vor sich her. Mit ziemlicher Furcht blicken die Verantwortlichen für die Kommunalfinanzen dem 1. August entgegen. An dem Datum wird der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wirksam, es wird aber nicht genügend Kita-Plätze geben. Schon jetzt ist klar, dass im Herbst eine Klagewelle auf die Städte und Gemeinden zurollen wird. Ganz offensichtlich ist mehr versprochen worden, als auf der untersten staatlichen Ebene zu realisieren ist. Das vom Städte- und Gemeindebund vorge-

schlagene Kita-Sharing, bei dem sich zwei Kinder einen Betreuungsplatz teilen sollen, wird für die meisten berufstätigen Mütter keine Hilfe sein. Der Vorschlag eines Aktionsprogramms für Tagesmütter und Tagesväter kommt reichlich spät. Der Wohlstand bzw. die Armut einer Stadt oder Gemeinde wird sich auch an der Verfügbarkeit von Kita-Plätzen ablesen lassen. Und wenn nun in Kitas investiert und dafür Personal ausgebildet wird, fehlt das Geld an anderer Stelle. Denn über die schwarze Null im kommunalen Gesamthaushalt kommt auch deswegen wenig Freude auf, weil sie nicht nur mit höheren Steuereinnahmen zu tun hat, sondern ebenso mit der Unterlassung dringend notwendiger Investitionen. Dafür nimmt trotz der gestiegenen Beschäftigung der Aufwand für Sozialleistungen ungebremst zu.

Zweierlei ist unumgänglich. Erstens muss die öffentliche Verschuldung abgebaut werden, zweitens müssen alle öffentlichen Leistungen auf den Prüfstand. Dabei müssen die Sozialleistungen neu geordnet und auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden.